

Das EU-Lieferkettengesetz

Stimmen aus dem Globalen Süden zur EU-Handelspolitik

Näherinnen in Dhaka/Bangladesh.
Foto: Pixabay

Was ist das EU-Lieferkettengesetz?

Das EU-Lieferkettengesetz ist eine europäische Richtlinie, die am 25. Juli 2024 in Kraft getreten ist (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD). Sie verpflichtet Unternehmen dazu, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren globalen Wertschöpfungsketten zu identifizieren und zu vermeiden. Zuvor hatten bereits einzelne Länder wie Frankreich und Deutschland nationale Lieferkettengesetze eingeführt. Die EU-Staaten müssen die CSDDD in nationales Recht umsetzen. Ursprünglich sollte dies bis Juli 2027 erfolgen¹.

Arbeitsrechtsverletzungen in globalen Lieferketten

Verstöße gegen grundlegende Arbeitsrechte sind weltweit stark verbreitet. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation betrifft allein Kinderarbeit geschätzte 138 Millionen Heranwachsende. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, in Werkstätten oder dem Bergbau und produzieren viele Güter für den Weltmarkt.² Der Globale Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds zeichnet ebenfalls ein düsteres Bild über die Arbeitsrechte in den 151 von ihm erfassten Staaten. In 80 Prozent der Länder wird das Recht auf Tarifverhandlungen eingeschränkt und in 87 Prozent das Streikrecht behindert.³ Diese Verstöße sind auch in den Lieferketten europäischer Unternehmen anzutreffen.

Erklärung der brasilianischen Zivilgesellschaft

„Die Verabschiedung der europäischen Lieferkettenrichtlinie ist eine Frage von Leben und Tod für unzählige Opfer ausbeuterischer Unternehmenspraktiken auf der ganzen Welt. Sie wird einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung von Zwangsarbeit und anderen Menschenrechtsverletzungen in Brasilien leisten.“⁴⁵

Gemeinsame Erklärung von 75 Organisationen des Globalen Südens

„Dieses Gesetz hat einen neuen globalen Standard gesetzt.“
„Seine zentralen Bausteine – die bindenden Sorgfaltpflichten, die zivilrechtliche Haftung, die behördlichen Sanktionen sowie die Erfassung von Verstößen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, sind essenziell, um Arbeitnehmer*innen und die Umwelt zu schützen.“⁴⁶

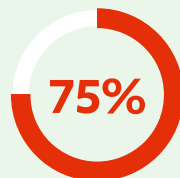
Länder, in denen Arbeitsrechtsverletzungen begangen werden

Untersuchung von 151 Ländern im Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds⁴



Streikrecht

87% der Länder haben das Streikrecht verletzt.



Recht auf Gründung von oder den Beitritt zu Gewerkschaften

75% der Länder haben Beschäftigte vom Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften ausgeschlossen.



Tarifverhandlungsrecht

80% der Länder haben das Tarifverhandlungsrecht verletzt.



Recht auf Gerechtigkeit

In 72% der Länder hatten Beschäftigte keinen oder eingeschränkten Zugang zur Justiz.



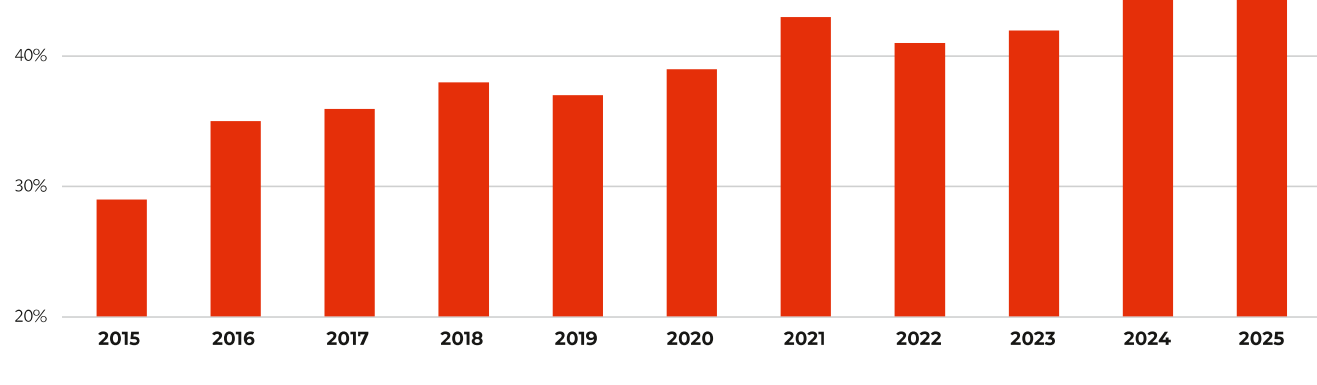
Minenarbeiter in Potosí/Bolivien.
Foto: Pedro Henrique Santos / Pixabay

Die Abschwächung der EU-Lieferkettenrichtlinie durch das Omnibus-Paket

Kaum war die CSDDD im Juli 2024 in Kraft getreten, nahmen Unternehmensverbände sie wieder unter Beschuss. Auch mehrere Regierungen forderten ihre Abschwächung. Im Februar 2025 schließlich präsentierte die Europäische Kommission das sog. Omnibus-I-Paket. Darin schlägt sie mehrere Änderungen der CSDDD vor, darunter eine starke Verringerung der Zahl der erfassten Unternehmen, den Verzicht auf die harmonisierte zivilrechtliche Haftung sowie eine Verschiebung der nationalen Umsetzung um ein Jahr auf Juli 2028. Die Abschwächung indes stößt bei zivilgesellschaftlichen Organisationen im Globalen Süden auf Kritik.

Zehnjahrestrend: Länder, die Gewerkschaftsmitglieder willkürlich verhaften

Untersuchung von 151 Ländern im Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds⁷



Joseph Byomuhangi, Ugandas Konsortium für Unternehmensverantwortung (UCCA)

„Das vorgeschlagene Omnibus-Paket droht die Lieferkettenrichtlinie zu verwässern. Zu den Besorgnis erregendsten Aspekten gehört die Beschränkung der Sorgfaltspflichten auf die direkten Lieferanten. Damit entsteht ein gefährliches Schlupfloch, weil die schwersten Menschenrechts- und Umweltvergehen auf früheren Stufen der Lieferketten entstehen, oftmals bei Subunternehmen und im informellen Sektor im Globalen Süden.“⁴⁸

Gemeinsame Erklärung von 75 Organisationen des Globalen Südens

„Wenn die EU die Lieferkettenrichtlinie infrage stellt oder verschiebt, verliert diese das Potenzial, Veränderungen der Unternehmenspraktiken anzuregen und als Vorbild für andere Länder zu dienen – zum Schaden von Mensch und Umwelt. Wir sind schockiert über die intransparente und überhastete Weise, in der die Entscheidung über die Revision der Richtlinie getroffen wurde.“⁴⁹

1 <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/Lieferketten-Gesetzesinitiative-in-der-EU/faq-csddd.html>
 2 <https://www.ilo.org/sites/default/files/2025-02/CLEAR%20Supply%20Chains%20project%20Brochure.pdf>
 3 <https://www.ituc-csi.org/global-rights-index?lang=de>
 4 <https://www.ituc-csi.org/global-rights-index?lang=de>
 5 <https://www.oxfam.org.br/sociedade-civil-brasileira-carta-chanceler-alemanha-por-direitos-humanos/>

6 <https://central-cambodia.org/archives/7145>
 7 <https://www.ituc-csi.org/global-rights-index?lang=de>
 8 <https://kios.fi/en/2025/04/global-souths-concerns-over-eu-omnibus-amendment-a-call-for-eu-member-states-to-prevent-backsliding-on-corporate-accountability/>
 9 <https://central-cambodia.org/archives/7145>

Herausgeber

PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
<https://power-shift.de>

Berlin, November 2025
© PowerShift e. V.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit freundlicher Unterstützung:

